

Der Vorsitzende des
Gesundheitsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de
Wiesbaden, 23. Februar 2007

1. Den Mitgliedern des
Gesundheitsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Gesundheitsausschusses
am Dienstag, 27.02.2007, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

Tagesordnung

1. **07-A-17-0001** **ANLAGE**
Jahresbericht 2006 des Patientenförsprechers der HSK
2. **07-A-17-0002** **ANLAGE**
Jahresbericht 2006 der Patientenförsprecherin für die Asklepios Paulinen Klinik
u.a. Wiesbadener Kliniken
3. **07-V-53-0124** **DL 06/07-5**
Gesundheitliche Präventionsarbeit in Wiesbaden

4. 07-F-25-0019

Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007

Vorbemerkung:

Prävention ist eine herausragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie muss im direkten Lebensumfeld der Betroffenen ansetzen. Dezentrale Präventionsstrukturen vor Ort müssen deshalb besonders gefördert werden, so auch in den Einrichtungen der Altenhilfe. Untersuchungen belegen, dass der Muskelabbau im Falle der Immobilität, die insbesondere bei Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenpflegeeinrichtungen gegeben ist, rasch voranschreitet. Gezieltes und regelmäßiges Mobilitätstraining kann dem entgegenwirken. Wohlbefinden, Gesundheitszustand und Lebensqualität der Betroffenen lassen sich dadurch verbessern.

Der Magistrat wird gebeten

1. beispielhaft zu berichten, was in Wiesbadener Altenhilfeeinrichtungen zur Aufrechterhaltung der Mobilität von Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenpflege unternommen wird,

2. in Kooperation mit Sportvereinen, Trägern von Altenhilfeeinrichtungen, der Alzheimer Gesellschaft, den ortsansässigen Krankenkassen u. a. ein Programm zur Erhaltung, Stabilisierung und Wiedergewinnung der körperlichen Mobilität von Bewohnerinnen und Bewohnern der stationären Altenhilfeeinrichtungen zu entwickeln, das auch die besondere Situation (z.B. Sprachbarrieren) von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund berücksichtigt.

3. zu prüfen, inwieweit die o. g. Institutionen zu einer ehrenamtlichen Mitarbeit an einem Mobilitätsprogramm in den stationären Altenpflegeeinrichtungen bereit wären, dafür bei potenziellen Kooperationspartnern zu werben und dem Ausschuss darüber zu berichten.

5. 07-F-25-0021

Gesundheitsförderung an Wiesbadener Schulen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007 –

Studien zeigen, dass Anlass zur Sorge um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen besteht: Gewichtsprobleme, Essstörungen oder Bewegungsarmut beeinflussen die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit junger Menschen.

Während das Gesundheitsverhalten in der Kindheit noch stark von Eltern, Erzieherinnen und Erziehern geprägt wird, bestimmen Heranwachsende mit Beginn des Jugendalters zunehmend selbst über ihre Ess-, Trink- und Bewegungsgewohnheiten.

Die Schule als Lebens- und Lernort hat deshalb neben dem Elternhaus eine herausragende Bedeutung für Gesundheitsförderung und Prävention von Kindern und Jugendlichen. Zurecht ist die Gesundheitserziehung mittlerweile fester Bestandteil der Lehrpläne an den hessischen Schulen.

Die Stärkung des Gesundheitsbewusstseins ist eine bedeutende Investition in die Entwicklung

von Schulen, der Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler, der die Koalitionspartner zukünftig besondere Aufmerksamkeit widmen werden.

Der Magistrat wird gebeten

1. einen Überblick über gesundheitsfördernde Maßnahmen (Ernährungs- und Bewegungsverhalten), die derzeit an Wiesbadener Schulen (Grund- und weiterführende Schulen) durchgeführt werden, zu erstellen,
2. zu berichten, welche Wiesbadener Schulen an der Initiative „Schule & Gesundheit“ der Hessischen Landesregierung mit dem Ziel der Zertifizierung als „Gesundheitsfördernde Schule“ mit welchen Projekten teilnehmen,
3. in Anlehnung an andere Städte (z.B. Heidelberg oder Stuttgart) unter Federführung des Gesundheitsamtes ein Konzept unter dem Motto „Trink Dich fit und schlau“ als Angebot für Wiesbadener Schulen zu entwickeln, das im Unterricht und Schulalltag zu ausreichender und richtiger Flüssigkeitsaufnahme anregen soll.

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- Eine Zusammenarbeit mit ESWE und eine Unterstützung durch das Projektbüro „Schule & Gesundheit“ beim Hessischen Kultusministerium sind ebenso in Betracht zu ziehen wie eine thematische und finanzielle Kooperation mit regionalen Partnern (z.B. Krankenkassen, Kinder- und Jugendärzten, Sponsoren aus dem Gesundheitsbereich).
- Das Projekt „Trink Dich fit und schlau“ soll auch für die Qualität des Trinkwassers und seine Bedeutung als Lebensmittel werben (z.B. Trinkwasseranalysen an den Schulen, Trinkbecher für die Schülerinnen und Schüler).
- Bei Schulen und Lehrkräften soll für das Projekt geworben werden. Sie können ggf. Ideengeber sein. Interessierten Lehrerinnen und Lehrern sollen Handlungsanleitungen und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt werden.

Die gemischte Altersstruktur des Adressatenkreises ist zu berücksichtigen. Für Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und in den Unterstufen ist eine andere didaktische Herangehensweise erforderlich (z.B. Trinkpausen im Unterricht, spielerische Formen, Lieder, Geschichten) als für Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Oberstufe (z.B. Vorort-Veranstaltungen, Workshops). Ohnehin bedarf es Überlegungen, ob Jugendliche der Sekundarstufe II zum Adressatenkreis von „Trink Dich fit und schlau“ gehören sollen.

6. 07-F-01-0019

HSK

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 21.02.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird – gegebenenfalls auch in nichtöffentlicher Sitzung – gebeten, zu berichten:

- wie sich die gegenwärtige wirtschaftliche Situation an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken darstellt,
- wie weit die Verhandlungen zu einem Sanierungstarifvertrag gediehen sind,
- welche Unterstützung die Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Kliniken in dieser schwierigen Zeit zukommen lassen könnte,
- wie sich die Perspektive der HSK mittelfristig darstellt,
- welche Überlegungen zu einer neuen Dach- oder Betreibergesellschaft für mehrere kommunale Krankenhäuser bestehen und welchen Einfluss die Landeshauptstadt Wiesbaden dort hätte.

7. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Abt
Vorsitzender